



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/99

Hannover, den 18. August 48

Frankreich und die Vereinigung der Westzonen

Von Alfred Frisch - Paris

Frankreich hat sich in London und später auch in Frankfurt bereit erklärt, seine Besatzungszone so rasch wie nur möglich wirtschaftlich mit der Bizone zu vereinigen. General König hat ferner seine Zustimmung zur Bereinigung der deutschen Ländergrenzen gegeben, unabhängig von den Zonengrenzen. Diese Zugeständnisse widersprechen an sich der bisherigen französischen Besatzungspolitik und müssen zu einer Verringerung des politischen Einflusses Frankreichs in Deutschland führen, besonders der Anschluss Südbadens und Südwürttembergs an das Land Württemberg-Baden.

Die Zonenvereinigung hat ferner wichtige wirtschaftspolitische Rückwirkungen. Die Oficomex in Baden-Baden orientiert den Aussenhandel der französischen Zone weitgehend nach Frankreich, wobei die für deutsche Waren festgesetzten Preise mitunter in starkem Masse auf rein französische Interessen Rücksicht nehmen. Die Holzindustrie wurde ferner bereits von der französischen Regierung offiziell darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich vor dem Aufgehen der Oficomex in der JEIA durch langfristige Verträge deutsche Lieferungen sichern müsse, denn die Zonenvereinigung würde neue Holzbezüge Frankreichs aus Deutschland fühlbar erschweren. Ein anderer Sorgenpunkt ist die Tatsache, dass das französische Besatzungspersonal bisher weitgehend aus der Zone ernährt wurde und dass ausserdem Personalbestand - einschliesslich der Familienangehörigen- und Aufwand der Besatzungsmacht in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen deutschen Möglichkeiten und den in den beiden anderen Westzonen üblichen Anforderungen stehen. Man ist sich in Paris natürlich darüber klar, dass nach Verwirklichung der westdeutschen Wirtschaftseinheit die Besatzungstruppen nicht mehr vom Lande leben können und dass infolgedessen ihr Bestand stark herabgesetzt werden muss. Es ist übrigens bezeichnend, dass die französische Presse diese Frage überhaupt nicht behandelt und auch nicht die englisch-amerikanischen Wünsche nach einer vorherigen Änderung der französischen Besatzungsmethoden erwähnt.

Es ist jedoch anzunehmen, dass besonders den französischen Behörden in Deutschland an einer möglichst langen Verzögerung der wirtschaftlichen Zonenvereinigung gelegen ist. Der Widerstand Südbadens

gegen ein Aufgehen in Württemberg-Baden dürfte in diesem Rahmen zu verstehen sein. Es ist in Frankreich nicht selten, dass untere Verwaltungsstellen Weisungen der Regierung nur zögernd ausführen. Die politischen Kreise in Paris haben zudem immer die allzu grosse Unabhängigkeit der Besatzungsbehörden in Deutschland bedauert. Die Last der französischen Besatzung wäre wahrscheinlich für die deutsche Bevölkerung viel leichter zu tragen, wenn die Weisungen der Pariser Regierung dem Buchstaben nach befolgt würden.

Es ist allerdings kein Geheimnis, dass die französische Zone nach und nach devisenmässig für Frankreich eine Belastung wird, so dass auf die Dauer die Zonenverschmelzung auch dem französischen Interesse entspricht. Man muss aber dabei berücksichtigen, dass ein Aufschub von einigen Monaten durchaus tragbar ist, zumal durch die Marshallhilfe die ersten Fehlbeträge überbrückt werden können. Die für Frankreich im allgemeinen günstigen Exportverträge der Oricomex fallen ebenfalls ins Gewicht.

Eine gewisse Rolle spielen auch die Demontagen. Es muss festgestellt werden, dass die letzten Massnahmen von der französischen Presse bisher in keiner Form verteidigt wurden. Man spricht entweder nicht davon oder man berichtet darüber ohne Kommentar, soweit man nicht offen dagegen Stellung nimmt, wie es die Zeitung "Combat" getan hat. Der "Monde" hat sich bemüht, die Verantwortung für die Demontagen der englischen Uhrenindustrie zuzuschieben. Im allgemeinen scheint die französische Öffentlichkeit von der Gerechtigkeit dieser Massnahmen nicht überzeugt zu sein. Es ist kein Zufall, dass die deutschen Proteste bisher keinerlei scharfe Kritik hervorriefen und selbst die sonst sehr reparationsbedachte kommunistische "Humanité" hat die Vorfälle nicht propagandistisch ausgebeutet. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gewisse französische Wirtschaftskreise diese Demontagen wünschen, selbst wenn sie ihnen wahrscheinlich keinen Nutzen bringen werden. Die Uhrenindustrie von Besançon möchte zweifellos die deutsche Konkurrenz ebenso gerne ausschalten wie die britischen Unternehmen.

Schliesslich ist noch das augenblicklich besonders starke Bemühen französischer Regierungs- und Wirtschaftskreise um eine weitgehende französische Beteiligung an der deutschen Industrie zu erwähnen. Während die Privatwirtschaft zunächst und vor allem an ihre Gewinnmöglichkeiten denkt, sieht die Regierung wahrscheinlich in einer finanziellen deutsch-französischen Verflechtung einen gewissen Schutz gegen die sie beunruhigenden, gleichartigen Bestrebungen amerikanischer Bankiers und Industriellen. Auch hier würde die wirtschaftliche Zonenvereinigung ungünstig wirken und ausserdem das bisher Frankreich reservierte Feld den Amerikanern öffnen. Man möchte daher die augenblicklich angebahnten Verhandlungen möglichst zu erfolgreichen Abschlüssen bringen.

Abgesehen von diesen Gründen ist mit einer wirtschaftlichen Zonenvereinigung wohl kaum vor Ende dieses Jahres zu rechnen, es sei denn, die Proteste oder die amerikanischen Wünsche veranlassen Frankreich zu einer beschleunigten Erledigung dieser Frage. (b/A18/188/1/he)

Nach dem Vertrauensvotum

sp. Es gibt zuverlässige Anhaltspunkte dafür, dass in Kreisen der CDU die Auffassung besteht, die sozialdemokratische Fraktion des Wirtschaftsrates habe mit ihrem am 17. August eingebrachten Antrag auf Abberufung des Direktors Prof. Erhard lediglich eine politische Demonstration unternommen, von der sie sich selber keinen praktischen Erfolg versprochen habe. Diese Ansicht kennzeichnet mehr als die parlamentarischen Vorgänge um das Vertrauensvotum die gegenwärtige Situation im Wirtschaftsrat.

Die Rechtsmehrheit, zu der sich auch das Zentrum gesellte, hat sich so gebärdet, als wäre der sozialdemokratische Antrag wie ein Blitz aus heiterem Himmel und trafe einen Mann, für den die Kritik an sich schon beleidigend sein muss, weil seine Verdienste um die wirtschaftliche Gesundung nicht hoch genug gepriesen werden können. Es war der bestimmende Eindruck, der sich aus einer scharfen zweieinhalbstündigen Debatte ergab, dass für die Dinge, die sich gegenwärtig in der Öffentlichkeit abspielen, auf Seiten der für Erhard eintretenden Parteien überhaupt keine Resonanz vorhanden war. Man konnte sich nicht genug tun, hervorzuheben, dass der von Erhard eingeschlagene Weg der einzig gangbare sei und dass man ihm dankbar sein müsse, wenn er den Mut gefunden habe, diesen Schritt zu unternehmen. Der CDU-Abgeordnete Hafner verstieg sich sogar zu der Behauptung, wir stünden vor einer höheren Gewalt, die wir nicht aufhalten könnten. Er erklärte für seine Fraktion, dass sie nach wie vor die Freistreiberei als das kleinere Übel der verbildlichen Wirtschaftspolitik Professor Erhards ansehe.

Erhard selber behauptete mit einer Lautstärke, die man allerdings als nötig bezeichnen muss, "das deutsche Volk" sei froh über diese, seine Wirtschaftspolitik. Das Groteske seiner Argumentation, das gleichzeitig den blutleeren Theoretiker demaskiert, enthüllte er mit dem Satz, dass er für sich in Anspruch nehmen könne, der sozialen Marktwirtschaft ein Maximum an Lebensmöglichkeit geschaffen zu haben. Deutlicher konnte nicht ausgesprochen werden, dass hier eine Wirtschaftspolitik gemacht wird, die von ihren Urhebern selbst ständig als Experiment hingestellt werden muss und die ohne Rücksicht auf die Folgen für die breiten Schichten der Bevölkerung durchgepaukt werden soll.

Das vorbehaltlose Vertrauensvotum für Erhard ist ein eklatanter Beweis dafür, dass man nicht gewillt ist, auf die vernehmbare Stimme der Not und des Elends zu hören. Auf diesen dokumentarischen Beweis aber kam es der sozialdemokratischen Fraktion nicht zuletzt an, und zwar besonders deshalb, weil (wie ein sozialdemokratischer Sprecher betonte) endlich einmal die Doppelzüngigkeit aufgedeckt werden müsste, die in der CDU seit geraumer Zeit zu beobachten ist. Während die Wirtschaftsfraktion dieser Partei einen ausgesprochen kapitalistischen Kurs einschlägt, gehen ihre Redner mit der Maske des Biedermannes im Lande umher und täuschen der Bevölkerung eine Politik des sozialen Verständnisses vor, wobei sie sich nicht genieren, den Frankfurter Wirtschaftsrat in schärfster Form zu kritisieren.

Das Spiel der Täuschung ist jetzt aus. Die Beiden, die die CDU abgeordnet gehalten haben, werden allen die Augen öffnen, wo die Verantwortung liegt. An dieser Verantwortung tragen auch jene christlichen Demokraten mit, die als Gewerkschaftler oder als Vertreter des "sozialistischen Flügels" der CDU bisher darauf angelegt hatten, sich nicht mit den Grossverdienern zu identifizieren. Dass sich die sozialdemokratische Fraktion nach dem Entscheid der Rechtmehrheit für Erhard in ihrer Oppositionsstellung bestärkt sieht, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. (ths/188/Blll/1/he)

SPD und Lastenausgleich

Eine Klarstellung Herbert Kriedemanns

sp. In einem Bericht über eine SPD-Konferenz in Nieder-Roden hatte die "Neue Zeitung"-München unter der Überschrift "SPD: Lebensstandard muss gesenkt werden". behauptet, Herbert Kriedemann, der Praktikenvorsitzende der SPD im Wirtschaftsrat habe erklärt, nur eine Vermögensabgabe, die eine Senkung des gesamten Lebensstandards der deutschen Bevölkerung auf die durch die Niederlage bedingte Höhe zur Folge haben werde, könne die zu einem gerechten Ausgleich erforderlichen Mittel ergeben.

Herbert Kriedemann hat noch am gleichen Tage in einem Brief an die "Neue Zeitung" darauf hingewiesen, dass dieser Bericht, insbesondere die Überschrift, zweifellos geeignet sei, Missverständnisse hinsichtlich der von der SPD verfolgten Politik in der Frage des Lastenausgleichs entstehen zu lassen und dass seine Ausführungen nicht richtig wiedergegeben worden seien. "Ich habe", so schreibt Kriedemann, "vielmehr gesagt, dass die Vermögensabgabe den Lebensstandard der Besitzenden auf das durch die Niederlage bedingte Niveau senken müsse, um die für einen gerechten Ausgleich erforderlichen Mittel frei zu machen. Es handelt sich also keineswegs um die Senkung des gesamten Lebensstandards, sondern nur um die Senkung bei denjenigen, denen es bisher noch gelungen ist, 'friedensmässig' an den Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege vorbeizukommen. Der Lebensstandard der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung ist bereits durch die Politik der Hortung und jetzt durch die Politik der Preissteigerung gesenkt worden - und zum Teil erheblich unter das Existenzminimum. Es ist geradezu die Aufgabe des Lastenausgleichs, diese Senkung wieder rückgängig zu machen. Wesentlich für die Beurteilung unserer Pläne bezüglich der Vermögensabgabe ist auch zweifellos die Erwähnung der Tatsache, dass ich über die Notwendigkeit einer unteren Freigrenze für die Vermögensabgabe ausführlich gesprochen habe. Es liegt uns selbstverständlich fern, denen ihre bescheidenen Ersparnisse und Reserven zu nehmen, die wir bisher noch erhalten konnten. Ohne eine solche Freigrenze würde der Kreis der Personen, die auf Hilfe aus dem Lastenausgleich angewiesen sind, nur noch vergrössert werden."

Verantwortlich: Peter Baunau

Die Ermordung Theodor Lessings

Zur fünfzehnten Wiederkehr seines Todestages

Am 31. August 1933 wurde in Marienbad Professor Theodor Lessing aus Hannover erschossen. Wer mit seinem Namen einen festen Begriff verband, wusste, dass nur Nationalsozialisten die Mörder sein konnten. Professor Lessing war ihr erstes Opfer ausserhalb der Reichsgrenzen.

Was für ein Staatsverbrechen hatte Professor Lessing begangen? Für seine Rückbringung ins Reich waren 40.000 RM ausgesetzt worden, wie Wochen vor der Tat das "Pilsner Tageblatt" mitgeteilt hatte. Jahrzehnte zuvor hatten Veröffentlichungen von ihm heftigen Widerspruch erregt, aber einen romantisch anmutenden Idealismus und aufrichtige Überzeugung hatte man diesem komplizierten Charakter nie abgesprochen. Einige seiner philosophischen Schriften hatten grosse Beachtung gefunden und seinen Namen auch ausserhalb Deutschlands bekannt gemacht. Und dann hatte es 1925 seinetwegen die Studentenkrawalle an der Technischen Hochschule in Hannover gegeben; aber auch die lagen lange acht Jahre zurück.

Am Vortage zur Reichspräsidentenwahl, am 25. April 1925, hatte Professor Lessing im liberalen "Prager Tagblatt" einen Artikel unter der Überschrift "Hindenburg" veröffentlicht, in dem er in durchaus objektiver, wenn auch leicht ironischer Weise die Geistes- und Charakterqualitäten des nationalen Kandidaten gezeichnet hatte. Darin war gesagt: "...nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun oben nicht den Thronstuhl besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: besser ein Zero als ein Nero. Leider zeigt die Geschichte, dass hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen steht." - Über diese wahrhaft prophetischen Worte Lessings geriet vierzehn Tage später die deutsche Volksseele ins Kochen. Der Autor wurde mit Schmähbrieffen, in denen ihm der Tod angedroht wurde, überschüttet. In Hannover protestierten Studenten und Professoren gegen ihn, seine Vorlesungen wurden gestört und gesprangt, er selbst als "Verräter der nationalen Sache", als "geschäftstüchtiger Jude" beschimpft, man forderte seine Entlassung und ruhte nicht eher, als bis der preussische Erziehungsminister Dr. Becker, der sich lange dieser Forderung widersetzt hatte, nachgab. Professor Lessing wurde statt des Lehrauftrags ein Forschungsauftrag erteilt.

Wenige Monate vor dem Hindenburg-Artikel - im Herbst 1924 - hatte Prof. Lessing in einer anderen, ganz unpolitischen Sache den Unwillen deutscher Spiessbürger heraufbeschworen. Im Prozess gegen Haarmann, der mehr als zwei Dutzend Menschen umgebracht und ihr Fleisch als Nahrungsmittel verkauft hatte, war Prof. Lessing vom Gericht als Berichterstatter zugelassen worden. In seinen Berichten hatte Prof. Lessing die psychologischen und soziologischen Hintergründe der Untaten dieses in jeder Hinsicht anomalen Verbrechens aufgezeigt und zu erklären versucht. Das aber waren Dinge, die der Durchschnittsbürger

weder verstand, noch hören wollte und so wurden Lessings Berichte zu einer Verherrlichung der Bestialität umgefälscht, (Der Reichspropagandaminister Goebbels hat am Tage nach der Ermordung Lessings sogar das Kunststück fertig gebracht, den Hindenburg-Fall mit dem Haarmann-Fall zu verbinden, indem er im Rundfunk erklärte, der Ermordete habe Hindenburg mit Haarmann verglichen.) - Das waren die Dinge, durch die Prof. Lessing sich den Hass der Nationalisten zugezogen hatte.

Innerhalb 24 Stunden nach der Ermordung konnte der Name eines Täters ermittelt werden. Aus dem Dorfe Schanz war plötzlich der 31 Jahre alte, in Deutschland geborene tschechoslowakische Staatsbürger Max Rudolf Eckert verschwunden, der mehrfach wegen Wilddieberei, Raub und Eigentumsdelikten verbestraft war. Den Mitbewohnern war aufgefallen, dass er wenige Tage zuvor Briefschaften und Fotografien vernichtet und seine Kleider und Wäsche zu Bündeln verpackt hatte, um, wie er sagte, nach Deutschland zu gehen. Die Polizei war indes überzeugt, dass zum Mindesten noch ein zweiter Mann an der Tat beteiligt gewesen sein müsse, da Eckert allein eine schwere, dicht an das Fenster des Arbeitszimmers Lessings gestellte Leiter nicht zum Tatort habe bringen können. Sie forschte weiter unter den Bekannten Eckerts nach und stieß dabei auf den Namen eines ehemaligen Chauffeurs in Marienbad, Rudolf Zischka, den man wenige Tage vor dem Mord mit Eckert gesehen hatte. Auch er war nicht mehr auffindbar. Hinter beiden Verdächtigen wurden Steckbriefe erlassen, die aber ohne Ergebnis blieben.

In der ganzen Welt, vor allem aber in den tschechischen und deutschdemokratischen Zeitungen der Republik kam einmütig die Empörung über den feigen Mord zum Ausdruck. Man liess sich keinen Zweifel daran, dass nach allgemeiner Überzeugung Schuld und Verantwortung für dieses Verbrechen der Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit zu tragen habe. Nur jene sudetendeutschen Blätter, die sich bereits damals dem Nationalsozialismus verschrieben hatten, versuchten, das Opfer dieses Mordes noch im Tode zu schmähen. Doch als die Witwe des Gemordeten Klage gegen sie erheben liess, wichen sie zurück und gaben heuchlerische Ehrenerklärungen für den Toten ab.

In Prag und zahlreichen anderen Orten fanden Gedächtnisfeiern statt. Unter dem Druck der allgemeinen Empörung sah sich der Leiter der sudetendeutschen Nationalsozialisten zu der Erklärung genötigt, dass seine Partei weder etwas mit der Tat, noch mit dem Täter zu tun habe, obgleich feststand, dass dieser einer der eifrigsten Besucher nationalsozialistischer Versammlungen gewesen war und der Parteigewerkschaft angehört hatte. Was aus Eckert und Zischka geworden ist, ob sie nach der Abtretung des Sudetengebietes zurückgekehrt sind oder unter fremden Namen heute in Deutschland leben, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Der Mord ist bis heute ungestraft geblieben.

Professor Lessing hat sein gewaltsames Ende lange vorausgesehen. Als 1925 die Studentenhetze gegen ihn einsetzte, schrieb er einem Freunde: "...Es ist möglich, dass solch ein fanatischer Querkopf mich niederschlägt, wie sie Rathenau und Harden niedergeschlagen haben. Nun, dann werde ich zu Gott beten, dass es rasch geschehen möge. Und auch damit rechne ich, dass ich aus der Heimat fort und wieder neu beginnen muss. Aber was ist denn eine Heimat? Und wenn diese Menschen deutsche Menschen sind, was verliere ich dann an den deutschen Menschen? Und wenn das, was man mir antut, deutsch ist - wie kann es da für mich ehrenvoll sein, ein Deutscher zu heissen...."

W. Sternfeld